

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Kleine Beiträge zc. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzufenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. E.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3,- M. Expedition und Druck von
Joh. van Nieu in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.
13222223 Fernsprech-Nr. 1358. 13222223

Nr. 32. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 7. August 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

Christliche Textilarbeiter, auf die Schanzen!

Für unsere gewerkschaftlichen Ideale!

Gegen die demagogische rote Heke!

Verbandsmitglieder! Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband ladet Euch ein, die christliche Arbeiterbewegung, für die Ihr gewirkt, gekämpft und geopfert habt, **trennlos zu verlassen** und in die rote Organisation **überzutreten**. Dafür sollt Ihr **dann auch einen Judaslohn erhalten**: man will Euch die Beiträge, die Ihr dem christlichen Verbands geleistet habt, in der sozialistischen Gewerkschaft anrechnen. In allen Textilbezirken des ganzen deutschen Reiches hat eine **systematische und demagogische Agitation** seitens der „Genossen“ eingesetzt: die hundertfach **schmähslich blamierte Sozialdemokratie will die christlichen Gewerkschaften vernichten**.

Ein Kampf ist uns aufgedrungen,

wie er heftiger zwischen der sozialdemokratischen und der christlichen Gewerkschaftsbewegung noch nicht geführt worden ist — ein Kampf zwischen **Wahrheit und Verdrehung**, ein Kampf zwischen **praktischer Gewerkschaftsarbeit** und **arbeiterfeindlichem Radikalismus**, ein Kampf zwischen **Christentum** und **Sozialdemokratie!**

Den künstlich herbeigezogenen Anlaß zu der roten Heke

bietet ein **politischer Vorgang**, die Reichsfinanzreform. Die christlichen Gewerkschaften befassen sich **nicht mit Parteipolitik**, aber jeder nationaldenkende Arbeiter weiß, daß ein Staatswesen ebenso wenig ohne Steuern der Bürger bestehen kann, wie eine Gewerkschaft ohne Beiträge der Mitglieder. Auch das **deutsche Reich braucht Einnahmen**, um existieren zu können. **Verfassungsgemäß** kann das Reich nur indirekte Steuern erheben, das Gebiet der direkten Steuern ist den Einzelstaaten und den Gemeinden zugewiesen. Gewiß ist es nicht gleichgültig, welche indirekten Steuern erhoben werden, gewiß hat die Arbeiterschaft ein Interesse an **möglichster Schonung der schwachen Schultern**. Indessen: **Praktische Politik ist stets Kompromißarbeit!** Große, tiefeinschneidende **politische Fragen** gaben bei der Reichsfinanzreform den Ausschlag. Das weiß auch die Sozialdemokratie, aber sie sagt es **nicht!** Das weiß auch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, aber er **verschweigt es!**

Der sozialdemokratische „Textilarbeiter“ weiß auch, daß unser **Verbandsvorsitzender Schiffer** im Reichstage unter Hintenansehung politischer Parteifragen **im Interesse der Arbeiterschaft** bei der Finanzreform **gegen die drückendsten Waffenkonzernsteuern** und vielfach gegen die eigene Partei gestimmt hat. Der „Textilarbeiter“ **verschweigt diese Tatsachen demagogisch**, er will bei den christlichen Textilarbeitern den ersten Führer in ein **schiefes Licht stellen**, er will **Mitglieder fangen!** Da kommt es nicht so genau auf Objektivität und Wahrheit an!

Kollege **Schiffer** stimmte bei der Entscheidung u. a.:

- 1) **gegen** die Tabaksteuer;
- 2) **gegen** die Mühlenumjahsteuer;
- 3) **gegen** die Erhöhung des Kaffeezoll;
- 4) **gegen** den Kohlenausfuhrzoll;
- 5) **gegen** die Zündholzsteuer;
- 6) **für** die Besitzsteuern auf das mobile und immobile Kapital.

Der **sozialdemokratische Textilarbeiterverband** aber sollte vor der Tür seiner eigenen Partei lehren: **da gäbe es genug zu fegen!**

Die **Sozialdemokratie** stimmte:

- 1884 **gegen** das Krankenversicherungsgesetz;
- 1886 **gegen** die Unfallversicherung;
- 1890 **gegen** die Invaliden- und Altersversicherung;
- 1890 **gegen** das Gewerbegerichtsgesetz;
- 1891 **gegen** das große Arbeiterschutzgesetz;
- 1902 **gegen** die Zölle auf alle möglichen Luxusartikel, z. B. Sekt, Pelzwaren, Ballschuhe, Seidenspitzen und seidene Kleiderstoffe, Pariser und Londoner Ballroben, Pariser und Wiener Damenhüte, Pariser und Londoner Salonmöbel, Diamanten, Equipagen, Jagdwagen, goldene Uhren und Geldschränke.
- 1909 **gegen** die Umsatz- und Wertzuwachssteuer für den Grundbesitz;
- 1909 **gegen** die Schenk- und Bankguthaben-Quittungssteuer;
- 1909 **gegen** alle Steuern auf Börsen- und Wertpapiere;
- 1909 **gegen** die Erhöhung der Matrilinear-(Einzelstaaten)-Beiträge;
- 1909 **gegen** die Zollerhöhung auf ausländischen Champagner;
- 1909 **gegen** die Steuererhöhung auf inländischen Schaumwein (Sekt);
- 1909 **gegen** die Zuwendung von vier Millionen Mark an arbeitslos werdende Tabalarbeiter.

Dieses **rote Sündenregister** könnte noch beliebig erweitert werden.

Es ist klar, daß kein denkender Arbeiter auf den **demagogischen Sumpfling** der „Genossen“ hereinkommen wird. Und vollends die **Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes**, vielfach alte, sturmerprobte Kämpfer in der christlichen Arbeiterbewegung, wissen, daß man **politische Dinge** in der betr. **politischen Partei** behandeln muß und daß diese Angelegenheiten nicht durch **sozialistisches Phrasengemüll** erledigt werden können.

Die christlichen Arbeiter wissen auch, daß die **im Dienste ihrer Bewegung ergrauten Führer**, die bei jeder Gelegenheit von der Sozialdemokratie als „**gewissenlose Schurken**“ und „**Arbeiterverräter**“ **verleumdet** werden, **Vertrauen** beanspruchen können. Wenn die christlichen Arbeiterführer soweit **hinken** würden, der Sozialdemokratie zu **willen** zu sein, dann wären sie in **Wirklichkeit Verräter ihrer Sache!**

Mitglieder! Gebt den roten, demagogischen Agitatoren, die frevelnd die **Ag** an unseren christlichen Textilarbeiterverband legen wollen, die **richtige Antwort!** Verräter sind in unserem Lager nicht, das wissen wir! Allein die „Genossen“ sollen auf ihre **schamlose Zuzumutung**, die sie in ihrem Blatte, dem „Textilarbeiter“ in öffentlichem Aufrufe auszusprechen die **Stirn** haben, eine **Zumutung**, welche die **schwerste Beleidigung** für die **christlich organisierte Textilarbeiterschaft** enthält, eine **Erwidern** erhalten, die sie sich **nicht hinter den Spiegel** stecken werden.

Darum, **auf die Schanzen!** Zu **Kampf und Sieg** für die **christliche Arbeiterbewegung!**

Mit unsern Führern für unsere Ideale!

Hoch der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands!

Mitglieder, aufgewacht! Die Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sucht Euch gegen Euren Zentralvorstehenden aufzuheben und in ihre Organisation zu locken. Gebt dieser Gesellschaft die richtige Antwort!

Gegen die Arbeiterinteressen — für das Unternehmertum!

Ein schändlicher Plan der Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes.

Der Ausfall der letzten Reichsfinanzreform gibt der Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes Anlaß, bei ihren Mitgliedern eine Verunsicherung gegen die christliche Textilarbeiterorganisation in die Wege zu führen. Eingeleitet wird der Kampf durch eine besondere Geheimnummer des Organs dieses Verbandes, in der ein „Aufruf an die Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“ ausklingt in der Auforderung: „Heraus aus dem christlichen Textilarbeiterverbande.“

Warum das alles? Die Zentrumsparlei habe die Steuern gemacht; unser Zentralvorstehender Schiffer sei Mitglied dieser Partei. Darum habe der christliche Textilarbeiterverband das moralische Recht verwirkt, die Interessen der Textilarbeiter wahrzunehmen. Die Stellung unseres Vorstehenden Schiffer zu den Steuerfragen wird verschwiegen, um das demagogische Hehwerk besser forcieren zu können.

Uns fehlt der Ausdruck, um ein solch verlogenes und arbeiterschädigendes Treiben der Leitung des Textilarbeiterverbandes gebührend zu bezeichnen. Man kann nicht für jede Lumperei einen passenden Ausdruck finden. Nur das sei der roten Leitung vorab gesagt:

Noch niemals haben wir von irgend jemandem gewissermaßen die Arbeiterinteressen zum Spielball eines kaufmännischen Fanatismus und Konkurrenzgeistes machen sehen, als wie es hier von der Leitung eines Gewerkschafts geschieht. Schlimmer ist die Aufeinanderbeziehung der Arbeiter noch von keinem Unternehmern betrieben worden und besser können von keiner „gelben“ Organisation die Interessen des Unternehmertums besorgt werden, als wie hier von der Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Diesen Schurkenplan werden wir dem roten Verbands so leicht nicht verzeihen.

Wir wissen, daß die Arbeiterschaft in weiten Kreisen mit dem Ausgange der Steuerreform unzufrieden ist. Aber die christliche Textilarbeiterorganisation ist gewerkschaftlich gesichert und besonnen genug, um zu wissen, daß hierüber zu rechten nicht Sache der Gewerkschaft ist, sondern daß das in den politischen Organisationen geschehen muß. Kein christlich organisierter Textilarbeiter aber wird die Steuerreform zum Anlaß nehmen, aus seiner Berufsorganisation auszutreten. Dafür sind unsere Mitglieder viel zu klug und intelligent die Organisation viel zu lieb und wertvoll. Auch von der sozialdemokratischen Seite werden sie sich nicht fangen lassen. Die christliche Arbeiterschaft hat erstenswärtigste auf sich, sich von der sozialdemokratischen Agitationsphrasen gefangen nehmen zu lassen. Die Betätigung in der christlichen Arbeiterbewegung hat dieser Arbeiterschaft eigene Wege gewiesen. Sie hat einsehen gelernt, daß in der radikalsten Schamtschlagerlei der „Genossen“ so wenig Arbeiterinteressenvertretung liegt, als in dem schönen Gelände der „Gelben“.

Die christliche Arbeiterbewegung bedeutet eine Emanzipation der betr. Arbeiter von der Sozialdemokratie nach jeder Richtung hin. Sie gehen geradwegs ihren eigenen Weg, unbeeinträchtigt durch die „Genossen“ von „Arbeiterverrat“ und „Schurkerei“ reden. Das zeigt sich in der Gewerkschafts- und politischen Bewegung. Jene Zeiten sind erstenswärtigste vorbei, wo auch die christliche Arbeiterschaft nach der Pfeife der Sozialdemokratie tanzte. Eine selbständige, selbstbewusste christliche Arbeiterbewegung ist entstanden, die über einen Stamm selbständiger und selbstbewusster Leute verfügt, der es durchaus nicht scheut, gegen den sozialdemokratischen Stachel zu marschieren. Sollte sich die christliche Arbeiterschaft von den „Genossen“ verschreiben lassen, wie sie oder ihre Führer zu handeln und zu stimmen haben? von den „Genossen“ bestimmen lassen, was Arbeiterverrat und Schurkerei heißt und was Arbeiterverrat? Die christliche Arbeiterbewegung würde sich in das Foch der Sozialdemokratie spannen und moralischen Selbstmord begehen. Sie würde zu einem Spielball in den Händen der „Genossen“ werden. Nein, das wird nicht geschehen. Die christliche Arbeiterschaft betreibt eine eigene Politik, muß sie treiben, weil sie zu den Wirtschaften- und allgemeinen Kulturfragen eine ganz andere grundsätzliche Stellung einnimmt als die Sozialdemokratie. Sie läßt ihre Führer nicht Hände beschimpfen, wenn diese in ehrsüchtiger Ueberzeugung für die Interessen des Vaterlandes und ihre politischen Ideale tätig waren. Auch in der Hezjagd des roten Verbandes gegen unsere Organisation und ihren Vorstehenden Schiffer wird die christliche Textilarbeiterorganisation auf ihrem Posten sein.

Die Arbeiterschaft mag mit Recht über den Ausgang der Steuerreform unzufrieden sein. Wir können in einem Gewerkschaftsblatte solche Fragen nicht näher erörtern. Das verbietet uns die parteipolitische Neutralität. Aber wahr ist, daß in Deutschland die Arbeiter durchaus nicht einen ihnen in Betracht ihrer wahren Interessen und politischen Bedeutung zukommenden Einfluß auf den Gang der Gesetzgebung haben. Dieser Mangel ist, — wie so mancher — auch wieder bei der Steuerreform in die Erscheinung getreten. Aber wir müssen hier die Frage aufwerfen:

Wer hat diesen Mangel verschuldet?

Wir sagen uns voller Ueberzeugung: Die deutsche Sozialdemokratie. Sie hat durch ihre grundsätzliche Verrechnungs- und Verunsicherungs- und Verwirrungspolitik, durch ihre unpolitische Kritik in allen Dingen, die das Staatswohl betreffen, den Einfluß der anderen Stände vergrößert auf Kosten der Arbeiter. In allen Fragen der Staats- und Sozialpolitik hat die sozialdemokratische Partei im Reich und darüber im Lande bisher verjagt. Sie behauptet sich nämlich in Oppositionsstellung. Dadurch hat sie sich zu einer totalen Einflüßelung der Parteien als auch bei der Regierung verwickelt. Und weil die Sozialdemokratie die Regierung als die Partei der Arbeiter galt, und

auch tatsächlich lange Zeit allein Arbeiter in den Reichstag entsandte, hat sie durch diese links-löbliche Politik die Arbeiterschaft in Bezug auf den Gang der Gesetzgebung fast zu völliger Wehungslosigkeit verurteilt. Und was den Arbeitern an Einfluß abgeht, das findet sich bei den anderen Ständen, namentlich bei den Bauern, an Ueberschuß von Einfluß wieder. Die Sozialdemokratie hat durch ihre grundsätzliche Wehungs- und Verunsicherungs- und Verwirrungspolitik die Interessen der Arbeiter ungeheuer geschädigt. In keinem Kulturparlament eines anderen Landes ist die Arbeiterschaft zu einer solchen Einflüßelung verurteilt, wie in Deutschland durch die Schuld der „Arbeiterpartei“. — Diese Wahrheit angefaßt der Steuerfragen wieder in Erinnerung zu bringen, hielten wir für notwendig. —

Nun zu dem

geplanten Vernichtungskampfe.

Wir müssen gestehen: Wir fürchten eine fruchtlose Hatz durchzuführen. Und unsere Mitglieder werden den Agitatoren des „freien“ Verbandes schon eine Antwort geben, die sich gewünscht hat. Die „freie“ Leitung kennt doch unsere Leute schlecht, wenn sie meint, daß diese sich als Sturmtruppe gegen ihren Zentralvorstehenden gebrauchen ließen. Mitglieder hört! Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, der die Weltanschauung des Sozialismus zur Grundlage seines Handelns genommen hat, der seine Religion bei jeder Gelegenheit in den Kot zu ziehen mag, der seine politische Ueberzeugung achtet und beschimpft, als sei sie die Ueberzeugung eines Lumpen und Volksverrätters, der seine Anhänglichkeit an Kaiser und Reich verhöhnt und beschimpft: derselbe Textilarbeiterverband ladet Euch ein, zu ihm überzutreten und eure Berufsorganisation, die bisher mit großem Erfolge eure wirtschaftlichen Interessen vertreten hat, schmachlich im Stiche zu lassen. Liegt darin keine freche Verleumdung, Kollegen und Kolleginnen? — Gebt den roten Hezern die richtige Antwort. Laßt es wie feurige Kampfesstimmung durch unsere Reihen gehen:

Frei auf zum freilichlichen Sagen!

Vorstände und Vertrauensmänner, tragt diese feurige Kampfesstimmung weit in die Kreise der christlichen Textilarbeiterorganisation. Durch den schändlichen Plan der Leitung des roten Verbandes muß der indifferente Arbeiter aufgerüttelt werden und in die Front treten zum Kampfe für unsern Verband, für unsere Ideale gegen Demagogentum und Arbeiterinteressenzertrübung.

Gewiß, es ist

ein unangenehm trauriges Schauspiel,

das hier der Öffentlichkeit und speziell den Gewerkschaftsgegnern geboten wird. Wir haben stets auf dem Standpunkte gestanden — und haben darin nur die Meinung der Mehrzahl unserer Mitglieder vertreten — daß, soweit es eben tunlich, die beiden Organisationen zusammen stehen müssen. Die beiden Gewerkschaftsrichtungen sind nun einmal da, sie nehmen beide mit der Zeit an Macht und Bedeutung zu. Es gibt viele Bezirke unseres Vaterlandes, wo die beiden Richtungen bei all ihren Aktionen aufeinander angewiesen sind. Mit dieser Tatsache sollte man sich abfinden und so gut als eben möglich friedlich nebeneinander existieren. Wir stehen in der Textilindustrie einem starken, kapitalistischen Unternehmertum gegenüber, das im allgemeinen gewiß nicht mit sozialem Ziel gefaßt ist. Es ist außerdem auf die Erweiterung seiner Machtverhältnisse bedacht, um die ganze Macht des organisierten Kapitals den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzusetzen. Die Lage der Textilarbeiter ist keine rosig. Durch die wirtschaftliche Krise und die gewaltige Steuerung ist ihre Lebenshaltung durchweg unter das Lebensminimum gesunken. Hier muß geholfen werden. Da sollten alle Kräfte angespannt werden, um die Katastrophe der Organisierten zu bannen. Und wer seine Weltanschauung im Sozialismus findet — er gehe zu seinen Leuten, wer nicht, er komme zu uns. Aber organisiert muß sich die Klasse. Sie muß auf eine höhere Lebenshaltung gebracht werden, das verlangt ihre Existenz, das Recht und die Kultur; es muß dem organisierten Unternehmertum eine Macht des Arbeiterverbandes entgegengesetzt werden. Die Verhältnisse sind so, daß nicht das Fremde, sondern das Einigende in der Arbeiterschaft betont werden muß. Das ist der Standpunkt der Leitung unseres Verbandes. Unser Vorstehender Schiffer hat ihn auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck gebracht, als er sagte: „Auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages ist die geschilderte Solidarität der Arbeiter notwendig.“ Das ist ein christlich-gewerkschaftlicher Grundsatz, der von einem aufrichtigen Interesse für das Wohlergehen der Arbeiter, von einer gewissenhaften Auffassung über die gewaltige Arbeit der gewerkschaftlichen Organisation diktiert ist. Und was ist der Zentralvorstand des „deutschen“ Verbandes in dieser Situation?

Er jagt die Arbeiter aus- und auseinander; er betreibt Arbeitergespaltung; schwächt die Position der Arbeiter und erweitert die Machtverhältnisse des Unternehmertums. Er verheißt die Arbeiter verächtlicher Richtungen, betreibt die Geschäfte der Unorganisierten, indem er unseren Verband zu vernichten versucht.

Das ist einfach eine unverantwortliche Politik, die eine gewaltige Schädigung der Arbeiterinteressen zur Folge hat. Darum wird die christliche Textilarbeiterorganisation den ausgesetzten Kampf gegen den „freien“ Verband nicht nur für ihre Berufsorganisation, sondern zugleich auch für die Interessen der Textilarbeiterorganisation überhaupt. Sie wird einem dankbarsten, verlogenen Gegner, der die Interessen der Arbeiter zum Spielball seines Partei-fanatismus und Konkurrenzgeistes zu machen sich erzieht, in keine Schranken setzen.

Darum, art am Kampfe für unsern Verband! Gegen die sozialdemokratische Verleumdung der Textilarbeiter. Gegen fruchtlose Demagogentum und links-löbliche Hez-

jurrenzzeit! Zeigt der Leitung des roten Verbandes überall, daß sie nicht ungekraft Handlangerdienste dem Unternehmertum leisten darf.

Heber das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstag zu unserer Gewerkschaftsbewegung

machte auf dem Kölner Kongreß der christlichen Gewerkschaften der Generalsekretär Kollege Siegelwald Ausführungen, die der Beachtung ganz besonders wert sind. In seinem „Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes“ kam er auch auf die jüngsten Vorgänge in der politischen Arena zu sprechen und sagte hieran anknüpfend u. a.:

Wir haben zunächst festzustellen, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten nicht von der christlichen Gewerkschaftsbewegung, sondern von den bürgerlichen Parteien gewählt sind. Wir haben uns zusammengelesen zur Erreichung konkreter wirtschaftlicher Aufgaben, und wir halten uns daran fest, indirekt einen Einfluß auf die bürgerlichen Parteien auszuüben. Es ist aber nicht Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, Abgeordnete in die bürgerlichen Parteien zu entsenden, sondern das muß Sache der politischen Parteien bleiben. Bei der Vielgestaltigkeit der Parteiverhältnisse in Deutschland entstehen eigenartige Konstellationen. Auf dem Kongreß in Breslau haben wir gefaßt, es bliebe kein anderer Weg, als uns innerhalb der bestehenden politischen Parteien zu betätigen und uns innerhalb der politischen Parteien durchzusetzen, obwohl wir nicht verkennen, daß dieser Durchsetzungsprozeß äußerst schwierig ist. Es ist klar, daß unsere Kollegen, wenn sie in das Parlament gewählt werden, im Geiste und Sinne unserer Bewegung tätig sein sollen. Aber sie werden häufig nicht durchgehen können, was sie selbst und wir wünschen. Dann erwachsen Schwierigkeiten in den Parteien selbst, in den Mehrheitsbildungen. Sind die Kollegen einig in der eigenen Fraktion, dann kommen Schwierigkeiten mit anderen Parteien. So ist die Parlamentsarbeit der Kollegen nicht leicht. . . . Dann gibt es oft in den politischen Parteien Fragen, die für die Partei außerordentlich wichtig und grundsätzlich sind. Da entsteht oft die Frage, ob man Klassenempfinden den Ausschlag zu geben hat oder höhere ideelle Gründe. Und dann die Konstellationen, wo Schließes in Kauf genommen werden muß, um Schlechteres zu verhüten. Die Sozialdemokratie macht sich das leichter, sie treibt grundsätzliche Vereinigungspolitik. Wenn aber alle Parteien das so machen, dann würde der Staatskörper überhaupt nicht vorwärts zu bewegen sein.

Wir haben weiter zu berücksichtigen, daß wir als Arbeiterbewegung nicht die extreme Klassenbewegung sind, wie die Sozialdemokratie sie darstellt. So ergeben sich tatsächlich für Angehörige christlicher Gewerkschaften in den Parlamenten kritische Situationen. Wenn in allen Fragen, die das Klassenempfinden der Arbeiter betreffen, Arbeiterabgeordnete immer ihren eigenen Weg gehen wollten, dann würde keine Partei und Abgeordnete nicht einräumen. Trotzdem kann es Situationen geben, bei denen die bürgerlichen Parteien gestatten müssen, daß ihre Abgeordneten gegen die eigene Fraktion stimmen. Wenn ich auch wegen dieser Ansicht in bürgerlichen Blättern angegriffen worden bin, so weiche ich doch von diesem Standpunkt keinen Schritt zurück. Wir dürfen aber auch nicht Alltagsfragen zu solchen Fragen machen, wo unsere Arbeiterabgeordneten getrennt von ihren Fraktionen stimmen.

Ich habe diese schwierigen Situationen gezeichnet, um zu zeigen, daß, wenn einmal ein Kollege aus unserer Kreise anders stimmt, als es dem Klassenempfinden der Arbeiter im Lande zuzufaßt, das noch kein Anlaß ist, zu wittern, als ob diese Kollegen ihre proletarische Vergangenheit ver-gessen hätten. Was ist in solcher Situation zu tun? Eine eigene Partei zu gründen, haben wir abgelehnt. Bei der Vielgestaltigkeit des Parteiwesens würde eine kleine christlich-sozialistische Arbeiterpartei neben der Sozialdemokratie wenig Bedeutung haben. Zur sozialdemokratischen Partei überzugehen, haben wir auch noch keine Veranlassung. Wenn wir auch in manchen Handlungen und Fragen keinen Anlaß haben, mit den bürgerlichen Parteien zu gehen, so geben wir deshalb unsere Stellung gegen die Sozialdemokratie nicht auf. Wir würden uns damit das Todesurteil sprechen. Für uns gibt es nur folgenden Weg, den wir zu gehen haben. Wir müssen mit allem Nachdruck auf eine Stärkung unserer Bewegung hinarbeiten. Zweitens haben wir mit allem Nachdruck den sozialen Geist im öffentlichen Leben zu fördern. Geheimrat Dr. Harnack hat auf dem evangelisch-sozialen Kongreß gesagt: Es muß der Klassengeist von oben und der Klassenkampf von unten mehr bekämpft werden. Mehr sozialer Geist mußte das deutsche Volk beherrschen. Wir müssen unsere Einfluß stärken, und der wächst, je mehr Klassen wir hinter uns haben, die mit uns arbeiten. Wir können Worten und Sophistereien kaum man heute keine Politik machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Aufruf!

Die Tabakindustrie hat demnach infolge der Erhöhung der Tabaksteuer eine Umwälzung durchzuführen. — Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands hat einen Arbeitsrat angefaßt, um die Folgen dieser Umwälzung insbesondere für seine Mitglieder abzumildern und erträglicher zu gestalten. Der Verband will vor allem seinen Mitgliedern im Falle einer Arbeitslosigkeit oder sonstiger Schädigungen zu dem gesetzlichen Rechte der vom Reichstag für die Ueber-gangsperiode festgesetzten Unternehmungen verhelfen, sowie etwaige Ungerechtigkeiten, Mißstände usw. in der Aufhebung der staatlichen Unternehmung zur Kenntnis der Öffentlichkeit und des Reichstages bringen. Ferner soll auf Grund der in Berlin g der vorliegenden Aufgabe gesammelten Materialien recht-

zeitig auf die Regierung und das Parlament ein-gewirkt werden, damit event. weitere Mittel für die Arbeitslosen bereitgestellt werden.

Eine weitere Aufgabe besteht darin, daß For-derungen an die zuständigen Stellen planmäßig er-hoben werden, um einen Teil der arbeitslos werdenden Mitglieder in staatliche oder städtische Stellen unterzubringen. Auch hat sich der christliche Tabak-arbeiterverband zur Aufgabe gestellt, alle Fälle von Arbeitslosigkeit, von Arbeitsbeschränkungen und sonstigen Bedrückungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis der Öffentlichkeit und dem Reichstage zu unter-breiten.

In zweiter Linie gedenkt der Verband den Wirkungen der beschlossenen Tabaksteuer dadurch zu begegnen, daß er im Interesse seiner Mitglieder den Konsum beeinträchtigt. Das soll dadurch geschehen, daß die christlich organisierten Arbeiter ihren Bedarf an Tabakwaren nur bei solchen Firmen decken, die sich aller die Arbeiter bedrückenden Maßregeln ent-halten. Bei allen die Arbeiter betreffenden etwas notwendig werdenden Maßnahmen insolge Produk-tionsrückgang fordert der christliche Tabakarbeiter-verband von den Fabrikanten, daß eine vorherige Aussprache und Verständigung mit den Arbeitern und deren Vertretern (Organisationsvertretern) statt-findet. Ueberhaupt ist erste Voraussetzung, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkannt und die Ver-einbarung ausgeprochen wird, mit dem Verbands-christlicher Tabakarbeiter in allen Arbeiterfragen zu verhandeln und Tarifverträge abzuschließen. Die Herren Fabrikanten und Geschäftsinhaber, die den diesbezüglichen Anregungen stattgeben, sollen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden.

Es ist klar, daß der Wert des hier beschriebenen Weges ein bleibender ist. Denn die auf diese Weise den Arbeitern, den sozial Interessierten und den sich immer mehr ausbreitenden Konsumvereinen bekannt gewordenen Unternehmern, die in Arbeiterfragen fortschrittlich handeln, werden dauernd den bezeich-neten Kreisen empfohlen bleiben. Der Verband christlicher Tabakarbeiter hat bereits mit der Durch-führung der bezeichneten Aufgaben begonnen. Es liegt aber auf der Hand, daß ihm die Lösung der-selben nur gelingen wird, wenn er auf die Soli-darität der gesamten christlichen Arbeiterschaft, sowie der weitesten Konsumentenkreise, die von dem Einflusse der ersteren erreicht werden können, bauen kann.

Der Ausschluß des Gesamtverbandes ist daher zu dem Beschlusse gekommen, die gesamte christliche Arbeiterschaft nachdrücklich aufzufordern, dem Ver-bande christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter in der Ausführung der ihm gestellten Aufgaben mit allen Kräften beizustehen. Diese Mitwirkung soll sich ferner auch auf die energische Förderung des genannten Verbandes in der Agitation erstrecken. Es bedarf keiner langen Begründung, daß der Verband seine Aufgaben umso durchgreifender erfüllen kann, je ausgebreiteter er im ganzen Lande vertreten ist und je größer seine Mitgliederzahl ist. Das gilt besonders von einer möglichst vollständigen staatlichen Erfassung der Wirkungen des neuen Tabaksteuergesetzes. Die möglichst rasch und in ausgebreiteter Weise notwendig werdende Verstärkung des Verbandes rechtfertigt eine allseitige agitatorische Unternehmung durch die Gesamtbewegung. Des weiteren bedarf der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter einer tatkräftigen Hilfe, um den Konsum zugunsten seiner Mitglieder beeinflussen zu können. Wenn man berücksichtigt, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung heute in ihrer Gesamtheit schon weit über eine Million Anhänger zählt und daß diese Massenbewegung in ihrem Einflusse in die weitesten Kreise anderer Stände hineinreicht, dann besteht kein Zweifel, daß wir tatsächlich in der Lage sind, den Konsum zugunsten der Tabakarbeiter ganz hervorragend zu beeinflussen. In den einzelnen Ortsstellen und Verwaltungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß die Konsumenten bei ihrem Einkauf diejenigen Firmen durch direkten (ev. gemeinsamen) Bezug oder durch Aufsuchen der fraglichen Fabrikate führenden Geschäfte berücksichtigen, die in nächster Zeit in nur noch näher zu bestimmender Weise fortlaufend bekannt gemacht werden. Schon heute ist in geeigneter Form (in Versammlungen, Presse usw.) auf das beabsichtigte Vorgehen unserer Bewegung im Interesse der Tabakarbeiter aufmerk-sam zu machen und auf die Beschreitung des vor-gezeichneten Weges durch die Konsumenten hinzu-wirken.

Wir erwarten von der so oft betätigten Soli-darität der christlichen Arbeiterschaft, daß sie unserem Bruderverband in der bezeichneten Weise die half-reiche Hand bietet.

Der Ausschluß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Hannover-Binden.

In den Ausstuf getreten bezw. ausgesperrt worden sind am 28. v. Mts. die Arbeiter der Firma Neuberg. Die Veranlassung dazu ist in folgendem zu suchen: Vor einiger Zeit traten die Arbeiter an die Firma mit dem Ersuchen um eine fünfprozentige Lohnerhöhung heran. Bei den verschiedenen Ver-handlungen auch mit den Vertretern beider Organi-sationen erklärte die Firma, momentan eine Lohn-erhöhung nicht eintreten lassen zu können. Sie be-gründete dieses mit den schlechten Geschäftsverhält-nissen. Bei besserer Konjunktur wolle sie mit sich reden lassen. Die Belegschaft sah dieses ein und stellte ihre Forderung zurück. Die Arbeiterschaft verhielt sich mit dem Gedanken, vorläufig ihre Sache ruhen zu lassen und Frieden halten zu müssen. Deshalb war die Arbeiterschaft um so mehr überrascht, als die Firma acht Tage später mit dem Ansuchen an sie herantrat, daß entweder 50 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen werden sollten oder die Arbeitszeit von 44 auf 36 Stunden eingeschränkt würde. Die Firma arbeitet bei normaler Zeit neun Stunden pro Tag. Die Belegschaft hielt die Einschränkung der Arbeits-zeit in diesem Umfange für zu weitgehend und lehnte dies Ansuchen ab. Lediglich der Arbeitsdienst und die Sorge um die Befahrung ihrer Familien hat die Arbeiter zu diesem Entschlusse veranlaßt.

Verräter sollt Ihr werden

an Eurem Verbands, Kollegen und Kolleginnen. Die Leitung des roten Verbandes fraut Euch eine Judasgestaltung zu. Ihr dürft Euch diese freche Beleidigung nicht gefallen lassen. Darum alleamt: Vor die Front!

Auch konnte die Belegschaft nicht zugeben, daß 50 ihrer Mitarbeiter brotlos würden, da die Wünsche, anderweitig unserzufinden, sehr schlecht sind. Wohl war die Arbeiterchaft zu Zugeständnissen für eine Produktionsbeschränkung bereit. Doch die Firma kündigte plötzlich 50 von ihren Arbeitern und zwar ohne jede Rücksichtnahme. Arbeiter, die 20 und mehr Jahre dort gearbeitet haben, wurden nicht von dieser Kündigung verschont. Daß dieses Vorgehen Erbitterung hervorrufen mußte, ist leicht verständlich. Aber trotzdem versuchte die Belegschaft, durch Verhandlungen zwischen Ausschuß und Firma das Äußerste abzuwenden. Auch die Vertreter der beiden Organisationen haben bis zur letzten Stunde versucht, durch Verhandlungen mit der Firma eine Einigung zu erzielen. Die Firma beharrte jedoch auf ihrem Standpunkte, und am Montag ging sie noch weiter, indem sie erklärte, vorerst der Betrieb zu schließen, dann 70 Arbeiter nach ihrem Belieben wieder einzustellen und 10 Stunden zu arbeiten. Da die Firma eine Auslese unter ihren Arbeitern halten will oder ob die ganze Sache eine andere Wendung nehmen wird, muß abgewartet werden. Die Arbeiterchaft ist einig und kann in ihrer Geschlossenheit dem weiteren Verlaufe der Dinge in Ruhe entgegensehen.

In Betracht kommen 142 Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis auf zwei sämtlich organisiert sind; 36 sind christlich, 103 „frei“ und zwei in den Hirsch-Dumerschen Gewerkschaften organisiert.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Machen. Haushaltungsbudget eines Kachener Appreturarbeiters. In Nr. 27 unseres Fachorgans befindet sich ein Artikel aus Illersdorf (Schlesien) mit dem Titel: „Ein Beitrag zu dem Kapitel Textilarbeiterleben in Schlesien“, in welchem ein Hund eines Beispiels nachgewiesen wird, daß die schlesischen Textilarbeiterkassen nicht so reich sind, wie man mit Recht sagen kann, es ist zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. In Schlesien sind bekanntlich die Durchschnittslöhne der Textilarbeiter bedeutend niedriger als in den rheinisch-westfälischen Bezirken, aber „Schlesische Löhne“ trifft man auch dort bei einzelnen Kategorien von Textilarbeitern noch übergenug an. Beweis: Einnahme- und Ausgabebudget eines Kachener Appreturarbeiters, welches wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen. Unser Gewährsmann ist in einer Kachener Tuchfabrik in der Haupt- und Wälferei beschäftigt und verdient vom 1. Januar bis 1. Mai 6. N. in 135 Arbeitstagen (davon 17 Nachstunden) 276,50 M. Seine Ausgaben betragen in dieser Zeit für Mann, Frau und vier unterwachsene Kinder:

Für Nahrungsmittel	218,70 M.
„ Kleider, Schuhe, Schuhzeug	34,00 „
„ Heizung und Licht	17,00 „
„ Miete (16,50 M. pro Monat)	66,00 „
„ Verbandsbeiträge	10,20 „
Zu Summa	345,90

Die Ausgaben betragen in diesen vier Monaten 345,90 M., die Einnahme dagegen nur 276,50 M. Der Kollege war also gezwungen, in diesen vier Monaten 69,40 M. Schulden zu machen.

Von einem „Leben über seine Verhältnisse“ kann bei diesem Arbeiter keine Rede sein, dies beweisen die angeführten Ausgabenposten, insbesondere die Ausgaben für Nahrungsmittel. Diese sechsköpfige Familie verbrauchte pro Tag 1,80 M. für die allererstenbedürftigsten Nahrungsmittel, das macht pro Person und Tag 30 Pfg. Ein Kommentar zu einer bescheidenen Lebenshaltung zu machen, ist überflüssig. Die Zahl derjenigen unter den Kachener Appreturarbeitern und Spinnereiarbeitern, die sich und ihre Familien mit solchen vollständig unzulänglichen Löhnen durchs Leben schlagen müssen, ist nicht klein. Die Schuld jedoch an diesen traurigen Lohnverhältnissen tragen diese Arbeiter zum größten Teile selbst. Nur ein ganz geringer Bruchteil gehört einer Organisation an, und diese wenigen sind allein nicht imstande, ihre Lage zu verbessern. Die traurige Erscheinung ist jedoch, daß in manchen Kachener Appreturen einzelne sozialdemokratische Arbeiter es wagen, die durch Spezialeure und Liebedienerei der Meister und Angestellten gegenüber es verschuldet haben, daß Unzufriedenheit, Neid und Mißgunst in den Reihen dieser Arbeiter herrscht. Mancherlei Versuche, die in den Spinnereien und Appreturen tätigen Kollegen und Kolleginnen der Organisation zuzuführen, sind schon gemacht worden, jedoch ohne besondere Erfolge. Ueberzeugt sind wir jedoch, daß auch bei diesen Arbeitern sich der Wobante bahnbrechen wird, daß es ohne eine starke Organisation unmöglich ist, die oft lächerlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Wenn das erste Wollen bei diesen Kollegen und Kolleginnen vorhanden wäre, dann würde und müßte es möglich zu machen sein, mit Hilfe der Organisation auch für diese Arbeiter erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Darum, Appretur- und Spinnereiarbeiter und Arbeiterinnen Kachens, schließt Euch bis zum letzten Mann dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands an, Ihr werdet an demselben in jeder Lebenslage einen treuen Freund finden.

Magenbach. Unsere Mitgliederversammlung vom 17. Juli hätte besser besucht sein dürfen. Nach Verlesen des Protokolls erstattete der Kassierer den Bericht vom zweiten Quartal. Kollege Kiefer hielt sodann einen interessanten Vortrag über das Krankenversicherungsgesetz. In der Diskussion wurden mehrere Anfragen, die einzelne Bestimmungen des Gesetzes betreffen, an den Referenten gestellt. Dieser beantwortete die Fragen in ausführlicher Weise. Da der bisherige Kassierer seinen Posten niederlegte, wurde an dessen Stelle Kollege Kunkler gewählt. Hoffentlich zeigen unsere Mitglieder in Zukunft mehr Interesse an unserem Vereinsleben und besuchen die Versammlungen auch besser.

Darmstadt. Auf zum Kampfe und zur Arbeit für die christlichen Gewerkschaften! Mit dieser eindrucksvollen Aufforderung schloß in einer gut besuchten, vom Parteil am 25. Juli abgehaltenen öffentlichen Versammlung Kollege Geis-Wachmann, Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“, seinen mit starkem Beifall aufgenommenen Bericht über die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß in letzter Zeit die Versammlungen besser besucht werden. Einen sehr zahlreichen Besuch wies z. B. auch die am 24. Juli im „Englischen Garten“ abgehaltene Mitgliederversammlung auf, in der unser Kollege Müller referierte über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908, mit besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsbewegung am Orte. Die Teilnahme der Mitglieder an der Besichtigung der hiesigen Handwebereien (Gewebe- und Leinwandweberei) erfolgte, was so schön ist, daß man mehr vom Betrieb aus auch noch die Besichtigung der

Königlichen Bibliothek nebst Münzsammlung, die Besichtigung des Naturalien-Kabinetts, des Domstufens, der Sternwarte usw. in die Wege geleitet wird. Hoffentlich zeigen auch dann wieder die Mitglieder durch allgemeine Beteiligung, daß sie für alle Bestrebungen, die geeignet sind, die Arbeiter fortzubilden, volles Verständnis besitzen.

Greiz. Unsere letzte Mitgliederversammlung hielten wir am Freitag, den 30. Juli in Grimms Lokal ab. Gezeigt wurde waren diesmal außer dem bekannten „Stamm“ eine Anzahl neuer Gesichter erschienen, nämlich Kollegen und Kolleginnen, die sich sonst in Versammlungen seltener sehen ließen. Der Kollege Fiedel erstattete den Massenbericht fürs zweite Quartal. Erfreulichweise sind eine Reihe Kollegen und Kolleginnen in höhere als die Pflichtbeitragsklassen gegangen, nämlich 11 Mitglieder in die 50 Pfg.-Klasse, ein Mitglied in die 60 Pfg.- und 1 Mitglied in die 70 Pfg.-Klasse. Wüchsten immer mehr Kollegen und Kolleginnen in die höheren Klassen gehen, denn es kommt ihnen wieder reichlich zugute. Das beweisen die allein im zweiten Quartal ausbezahlten Unterstufungen: An Arbeitslose wurden 117,40 M., an Kranke 415,20 M. und an Sterbegeld 20.- M. ausgezahlt. Die Ortsgruppe hat einen eigenen Massenbestand von 908,74 M. Unter „Geschäftlichen“ teilte der Vorsitzende u. a. mit, daß die Bibliothek sich jetzt beim Bezirksleiter Kollegen Hummel befindet. Als Delegierte zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Paul Raris und Hermann Fiedel mit großer Mehrheit gewählt. Darauf gab Kollege Hummel einen „Bericht über den Kölner Gewerkschaftskongress“. In erster sachlicher Arbeit ist dort großes für die Arbeiterchaft geleistet worden. Innerlich und äußerlich gefestigt steht unsere Bewegung nach dem ersten Jahrzehnt da. Insofern bedeutet der Kölner Kongress ein Markstein in der Geschichte unserer Bewegung. In der sehr lebhaften Diskussion sprachen noch die Kollegen Beer, Seidel, Bach, Raris und Tegner, wobei besonders die Stellung unserer Arbeiterabgeordneten geklärt wurde. — Die nächste Monatsversammlung findet am Freitag, 27. August, wahrscheinlich im Volkshaus statt, wo wir dann hoffentlich wieder einen zahlreichen Besuch haben.

Lampertsmühle. Rechtswarm schlägt das Herz des Obermeisters Schirm für seine lieben Arbeiter. Kürzlich erklärte er es selbst einem Arbeiter gegenüber, der vor einigen Wochen dem Betrieb Walte gesagt, jetzt aber, unter dem feierlichen Versprechen, seiner Organisation mehr anzugehören, unternimmt um Arbeit seltener. Daß der Arbeiter einen anständigen Lohn verdienen muß, um seine Familie ernähren zu können, das sagt der väterliche Beschirmer der Arbeiterschaft selbst, darum hat er es auch glücklich durchgesetzt, daß jeder Weber, der pro 14 Tage acht Stüch oder noch mehr fertig bringt, eine freiwillige Prämie erhält. Die „Faulenzer“, die das nicht zustande bringen, werden entlassen, zumal nach seiner Angabe mehr als 100 fremde Arbeiter angemeldet sind. Um nun seine Kinder zu fleißigen Arbeitern zu erziehen, ermahnt er sie oftmals zur intensiven Arbeit und erzählt ihnen, wie die Pfläzer so ungeschickt seien. „In meiner Heimat sollt ihr mal sehen, wie dort gearbeitet wird.“ Nun war aber vor einigen Jahren ein Weber aus seiner (Schirms) Heimat hier, der schon nach ein und einhalb Tagen wieder das Weite suchte, weil hier zu viel geschuftet werden müsse. Auch ein neues Lohnzahlungssystem wurde eingeführt, wonach trotz Kollektivvertrag für ein und dieselbe Qualität verschiedene Löhne ausgezahlt werden und zwar so, daß in der Regel für die größte Quantität die niedrigsten Löhne bezahlt werden, 6—10 M. unter dem Tarif. Die bisherige Vergütung für Warten auf Material wurde beseitigt, und wenn die „Kinder“ nicht brav sind, so werden sie mit hoher Geldstrafe belegt; ein anderes Züchtigungsmittel ist die Knüppel ins laut Gefeg nicht zulässig. Nach strenger Watermanier gibts hier keine Widerrede und keine Beschwerde; wenn nicht paßt, der kann eben gehen. Die Arbeiter von der Lampertsmühle werden aber auch erkennen, was zu einer besseren, menschenwürdigen Behandlung und zu dem gesetzlichen Rechte verhilft, indem sie ihrer Ständes-Organisation, dem christlichen Textilarbeiterverbande, alleamt beitreten.

Rengersdorf i. Schl. Am 19. Juli fand in der Rudolfschen Brauerei eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt. In derselben referierte unser Bezirksleiter Kollege Müller über das Thema: „Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908.“ Daran anschließend behandelte er die Organisationsverhältnisse Schlesiens. Die Diskussion wurde von einem Mitgliede der „freien“ Gewerkschaft, mit Namen Winter, eröffnet. Es waren die alten Ladenhüter, die von niemandem mehr ernst genommen werden, welche derselbe zur Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften ins Feld führte. Die christlichen Gewerkschaften sind „Zentrums-gewerkschaften“, „Arbeiter-zersplitterer“ usw. Zum Schluß meinte er sogar, wie wären auch in Rengersdorf nicht in der Lage, eine Lohnbewegung durchzuführen, wenn nicht ein anderer Verband einen Druck auf uns ausübte. Söher geht's nimmer. Nach seiner Meinung wären nämlich schon alle Arbeiter und Arbeiterinnen bei uns im Verbands organisiert. Wäre besser so. (D. B.) Der zweite Diskussionsredner, ein Beamter der „freien“ sozialdemokratischen Gewerkschaften, Seidel aus Glas, hielt sich in seinen Ausführungen mehr an die „altlich“ Tatsachen. Er gab zu, daß die christliche „Arbeiterbewegung für die Verbesserung unserer Lage“ sei und schon manches erreicht habe. Der Mitgliederverlust sei bei den „freien“ Gewerkschaften jedoch prozentual geringer. Im übrigen stand er auf dem Standpunkte, daß ein möglichstes Zusammengehen bei Lohnbewegungen erstrebt werden soll.

Der Referent wies in seinem Schlußwort nach, daß nicht die christlichen Gewerkschaftler Arbeiter-zersplitterer wären, sondern diejenigen, welche uns durch ihre antireligiöse wie parteipolitische Kampfesweise die Mitgliedschaft in den damals bestehenden Verbänden unmöglich gemacht haben; desgleichen, daß unsere Bewegung keine Zentrums-gewerkschaft, sondern unabhängig von jeder Partei dastehende, die „freie“ Gewerkschaftsbewegung aber ausgesprochen sozialdemokratisch sei. Nachdem der Redner auch die anderen Einwendungen angelegt hatte, fand die Versammlung wieder zur Abstimmung unserer Bewegung über unbedeutende Dinge, deren Abschluß

St. Louis. In unserer am 25. Juli abgehaltenen Versammlung wurde zunächst der Massenbericht gegeben. Ihm ist zu entnehmen, daß im verflohenen Quartal 33 arbeitslose Tage, wovon 20 mit 20,70 M. unterstützt wurden, zu verzeichnen waren. An Krankenunterstützung wurden 54,95 M., an Sterbegeld 60 M. ausgezahlt. Für die demnächst stattfindende Bezirkskonferenz wurde Kollege Widenrich als Delegierter gewählt. Es wurde noch bekannt gegeben, daß am 22. August ein Gewerkschaftsfest stattfinden würde.

Illersdorf i. Schl. In der am 18. Juli im Lokale Fuchs stattgefundenen Versammlung erstattete zunächst der Kassierer den Massenbericht vom zweiten Quartal. Hierauf verbreitete sich unser Bezirksleiter, Kollege Müller, in längerer Ausführungen über die Entstehung und den Werdegang der christlichen Gewerkschaftsbewegung und deren Erfolge für die Arbeiterschaft im Jahre 1908. Zum Schluß seines Vortrages führte der Redner die Einwürfe des „deutschen“ Textilarbeiters (Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes) gegen unseren Zentralvorstand auf ihren wahren Wert zurück, wofür ihm von der Versammlung reichlicher Beifall zuteil wurde. Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion war eine lebhafteste. Ein Zeichen, daß auch hier die Arbeiterschaft, den Gewerkschaftsgedanken immer mehr erfassend, bestrebt ist, sich Schulung anzueignen. Auch wurden mehrere Vorkommnisse in der Fabrik einer sachlichen Kritik unterzogen. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz. Als solcher wurde der Schriftführer der Ortsgruppe gewählt. Beschlossen wurde, auf den 15. August einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Eifersdorf zu veranstalten. Der Vorsitzende führte den Anwesenden dann noch vor Augen, daß die christlichen Gewerkschaften seit der Gründung von allen Seiten bekämpft worden wären. Die Kampfesweise uns gegenüber sei zu allen Zeiten alles andere, nur nicht sachlich und loyal gewesen. Dies beweise jetzt wieder die sozialdemokratische Hege gegen unseren Zentralvorstand. Unsere Pflicht sei es aber, gerade in solchen Zeiten desto energischer an der Ausbreitung unseres Verbandes zu arbeiten, treu zu unseren Führern zu halten.

Aus unserer Industrie.

Unternehmergewinne in Belgien.

In Nr. 26 unseres Organs führten wir u. a. folgendes aus:

„Bei dem starken Rückschlag, der die Baumwollindustrie im Jahre 1908 getroffen hat, wird es vielfach übersehen, daß die geschäftlichen Ergebnisse der Baumwollindustriellen nicht einen schärferen Rückschlag aufweisen.“ Dies gilt nicht bloß für Deutschland, sondern z. B. auch für Belgien, nicht nur für die Baumwoll- sondern auch für die Flachindustrie. Die nachstehenden Zusammenstellungen geben über die Dividendenverteilungen der einzelnen Gesellschaften in Belgien in den beiden Jahren 1906—1907 näheren Aufschluß.

Firma	1906		1907		
	Kapital 1000 Frs.	Divid. 1000 Frs.	%	1000 Frs.	
1. La Dye (Cent)	4000	1771 228,58	29,2	2200	55,-
2. Uniere Gantoise	8658	1360 816,92	15,7	2153	+25,-
3. Projel u. Verbete (Cent)	2895	249 267,95	8,6	345	11,2
4. Uniere St. Soubour (Cent)	2000	300 000,00	15,-	420	21,-
5. Uniere des Flandres (Cent)	2353	411 658,79	17,5	563	24,-
6. Uniere la Lièbe (Cent)	2231	945 091,02	42,-	1187	53,-
7. La Durina	1200	219 516,33	18,3 (1906)		
8. „	1600	454 700,16	28,4 (1907)		

Flachindustrie.

Firma	1906		1907		
	Kapital 1000 Frs.	Divid. 1000 Frs.	%	1000 Frs.	
1. La Louise (Spinn-, Weberei) (Cent)	3 000 000	412 266,75	13,7		
2. La Nouvelle Orleans (Spinnerei) (Cent)	3 889 000	460 142,95	12,-		
3. Filature de Royghem (Cent)	2 442 000	288 693,10	11,8		
4. Kooz, Geertin u. De Rauger (Kauf) Spinn- u. Weberei	3 000 000	543 155,95	18,-		
5. Filature et Teinturerie (Wulf)	1 050 000	378 685,19	36,-		
6. Filature Renaissance (Konse)	300 000	83 383,57	27,7		
7. Fabricie de Soie Artificielle (Zubie)	1 300 000	2 294 575,84	176,-		

also 176%.

Die Unternehmer gewinnen also in den Krisen-jahren 1907 und 1908 12 bis 42%, und die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie? Die Flachspinner kaum 30 Centime pro Stunde. Die Wenter Baumwollspinner (300 auf die 5000 Arbeiter), gewinnen in normalen Zeiten 30 bis 38 Frs. pro Woche, die übrigen 3 bis 4 Fr. pro Tag. Die Mädchen und Frauen 1,50 bis 2,50 Fr. pro Tag, einmal bis 3 Fr. — wöchentlich 9 bis 15 Frs. Baumwollweber, die in normalen Zeiten vier Stühle bebienen, verdienen durchschnittlich 22 und 24 Frs. in Cent. Auf dem Lande ein Drittel weniger. Durchschnittlicher Verdienst der Zweifelh-Weber höchstens 16 Frs. pro Woche.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Der „Vorwärts“ über die christlichen Gewerkschaften. Die mit dem Kölner Kongress verbundene Gedankenreihe des sechsjährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften als Gesamtorganisation hat auch der sozialdemokratischen Presse Gelegenheit zu einem Rückblick über die Entwicklung dieser Bewegung gegeben. Es wäre natürlich zu viel erwartet, wenn man meinte, eine eheliche Anerkennung der Erfolge der christlichen Gewerkschaften in dieser Presse zu finden. Im allgemeinen sucht sie mit nichtslagenden Nebensätzen und direkten Unwahrheiten über eine unbedeutende Tatsache hinwegzukommen. Bemerkenswert dagegen ist ein Urteil des „Vorwärts“, des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei, das wir in Nummer 170 vom 24. Juli 1909 lesen. Es steht vortheilhaft ab gegen andere sozialdemokratische Pressezeugnisse und steht auch sehr

wenig in Uebereinkunft mit dem, was auch der „Vorwärts“ bislang über die christlichen Gewerkschaften schrieb. Es heißt in dem Artikel: „Sehn Jahre christlicher Gewerkschaftsarbeit“:

„Es versteht sich, daß die Christlichen — auf Jubiläen ist man immer freudig erregt — mit ihren Erfolgen seit Mainz zufrieden sind. Ohne in ihre Jubeltöne einzustimmen, kann man zugeben, daß sie Erfolge erzielt haben — mehr als die Gegner damals gedacht, aber auch weniger, als die Christlichen selbst erwartet haben. Sie zählten voriges Jahr nahezu 300 000 Mitglieder — die Kräfte des letzten Jahres hat sie um ein Viertel hunderttausend zurückgeworfen — (tatsächlich beträgt der Mitgliederverlust 19 000, in der ersten Hälfte dieses Jahres sind indes schon 10—12 000 Mitglieder wiedergewonnen worden); sie haben namentlich im Westen Deutschlands in einigen Berufen einen ansehnlichen Einfluß, mit dem die sozialistischen Organisationen dort wohl oder übel rechnen müssen; ihre Verbände sind — wogu ihnen das Muster und die Erfahrung aus unserer Seite gute Dienste geleistet haben — im Aufbau und den Finanzen leblich in Ordnung, und die beamteten Personen beweisen meist das erforderliche Geschick in der Leitung und Verwaltung ihrer Verbände. Es wäre ungerecht und verfehlt, das zu verkennen. . . Nicht nur beherrscht die Leitung die organisatorische Technik, sondern die einzelnen Redner wissen auch in der Form wie in der Sache ihre Gedanken meist wirksam zu vertreten. An der Anerkennung dieser Tatsache soll man sich nicht mit der ungebührlichen Hervorhebung dieser oder jener Rednererscheinung vorbeibrücken. Das wäre, wie gesagt, nicht nur ungerecht, sondern auch in denjenigen Gegenden, wo die Christlichen von Einfluß sind, gefährlich.“

So ergötzen und gewunden dieses Urteil auch sein mag, es lautet doch ganz anders als die, die noch bis vor kurzem im sozialdemokratischen Lager gang und gäbe waren. Da hieß es: „Die Christlichen humpeln auf den letzten Krücken“, „sie sind unfähige Organisationen, Streikbrechervereine“ usw. Wir werden in der nächsten Nummer auf die Ausfassung des „Vorwärts“ zurückkommen.

Katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften.

In einer gewissen Phase des Kampfes der katholischen Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften ist bekanntlich vielfach mit dem Schlagwort „Sozialer Modernismus“ operiert worden — ein Wort, das eben deshalb, weil es zu Verallgemeinerungen geradezu verleitet und der Zurückweisung von Verdächtigungen jede greifbare Unterlage entzieht, so aufreizend wirkt. Die dieses Schlagwort geprägt haben, gaben vor, damit der angeblichen Ueberwindung des Selbständigkeitsgefühls der in den christlichen Gewerkschaften organisierten katholischen Arbeiter entgegenzutreten zu wollen. Unter völliger bewußter oder unbewußter Verleumdung der Erfordernisse des praktischen Lebens, an denen so mancher Theoretiker von der Gegenseite hartnäckig vorbeigeht! Aber der Resonanzboden für Theorien dieser Art und insbesondere für ihre unheilvollen Schlagworte schrumpft mehr und mehr, während die Stellungnahme des einsichtigen Teils der katholischen Bevölkerung in erfreulichem Maße an Entschiedenheit gewinnt. „Nur dadurch, daß wir die Arbeiter zur Selbstverantwortlichkeit in der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Berufsinteressen erziehen, werden wir dem Ansturm der Sozialdemokratie gewachsen sein. Eine Bewachung und Patronagenpolitik genügt für diesen Zweck nicht.“ Das ist die entscheidende Stellungnahme des Geschäftsberichts, den Herr Diözesanpräses Lindermeyer auf dem am 20. Juni in Mennungen abgehaltenen Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Augsburg erstattete.

„Von ungeheurer Wichtigkeit“, heißt es u. a. „ist der Einfluß der christlichen Gewerkschaften auf die Tarifbewegung in der modernen Zeit. Dem tariflichen Arbeitsverhältnis gehört im Klein-, Mittel- und Großgewerbe und in der Großindustrie die Zukunft. Für die Buchdrucker, Bauhandwerker, Holzarbeiter, Maler, Anstreicher bestehen heute schon einseitige, aber ganz Deutschland sich erstreckende Tarifverträge. Das ganze Feld der Tarifabschlüsse darf nicht der Sozialdemokratie vorbehalten sein, das würde die Verdrängung der katholischen Arbeiter von den besten Arbeitsplätzen bedeuten, es sei denn, daß die katholischen Arbeiter Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften würden, um auf diesem Wege gutbezahlte tarifliche Arbeitsbedingungen haben zu können. Die christlichen Gewerkschaften sind auch mit Ausnahme der Lithographen und Chemigraphen direkt an den Tarifabschlüssen als Kontrahenten beteiligt. 1903 wurde der Chemigraphentarif in Deutschland abgeschlossen, der zur Folge hatte, daß jetzt 96 Prozent sämtlicher in Deutschland beschäftigten Chemigraphen dem sozialistischen Verbände angehören. Der Verband hat eine eigene Lehrlingsorganisation ins Leben gerufen. Sämtliche Lehrlinge sind gezwungen, dem sozialistischen Verband anzugehören (Geselleverbund). Ein Beispiel davon haben wir in unserer Diözese in Kaufbeuren. Deswegen ist es eine der allerwichtigsten Aufgaben der katholischen Arbeitervereine, die christliche Gewerkschaftsbewegung auf jede Weise zu fördern, mitzuhelfen und mitzuarbeiten, daß die katholischen Arbeiter wirtschaftlich, kulturell und geistig emporgehoben werden. In letzter Linie wird das auch für die religiös-sittliche Hebung der Arbeiterschaft von großer Bedeutung sein. Unsere Lösung soll sein: katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften Hand in Hand! Dann kommen wir voran und werden eine Macht.“

Daß man auch im übrigen katholischen Süddeutschland die Verhältnisse richtig einschätzen weiß, beweist die ausdrückliche Zusage des auf dem Delegiertentag anwesenden Verbandspräses des süddeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine, Herrn Landtagsabgeordneten Walterbach, daß der süddeutsche Verband nach wie vor bei den Beschäftigten von Jungstadt, die sich für die Förderung der christlichen Gewerkschaften aussprechen, stehen bleiben werden.

Aus gegnerischen Organisationen.

Zusammenschluß der „Selben“ in Sachsen. Ein nationaler Arbeiterbund für das Königreich Sachsen wurde am Sonntag, 4. Juli, in Grimnitzschau von Vertretern mehrerer nationaler Arbeitervereine gegründet und die vorzulegenden

Satzungen einstimmig angenommen. Der Bund be-
weckt die gegenseitige Anregung und Unterstützung
der Vereine zur Erreichung gemeinsamer Ziele, des
Zusammengehörens derselben bei allgemeinen na-
tionalen Anlässen (Wahlen, Eingaben an Behörden usw.)
und die Neugründung gleichzeitiger Vereinigungen.
Hauptaufgabe des Bundes ist die Beziehungen der
Arbeitnehmer zu den Arbeitgebern freundlich zu
gestalten, das beiderseitige Vertrauen zu befestigen
und dem gemeinsamen Wohle zu dienen. Vater-
landsliebe, Treue zu Kaiser und König, deutsches
Wesen und deutsche Sitten zu pflegen, ist eine Ehren-
pflicht des Bundes. Bemerkenswert ist vor allem die
Bestimmung, daß der Bund über die Organisation
und Leitung der einzelnen Bundesvereine nicht zu
bestimmen hat. In den Bund können alle Arbeiter-
vereine des Reichs aufgenommen werden, die auf
nationaler Basis stehen und sich zu
seiner Erreichung bekennen. Als Bundesorgan be-
steht die Versammlung der in Grimmitzschau er-
scheinende „Nationale Volkszeitung“. Der Bundes-
vorstand führt bis zur nächsten Abgeordneten-Versam-
mlung der Vorsitzende des Nationalen Arbeiter-
Unterstützungsvereins für Grimmitzschau
und Umgebung, Herr Max Graupner. Zum
Geschäftsführer wählt die Versammlung den Rebat-
teur der „Nationalen Volkszeitung“, Herrn Max
Gruß, in Grimmitzschau. Die Geschäftsstelle des
Bundes befindet sich in Grimmitzschau, Marien-
straße 33.

Also, bei allgemeinen nationalen Anlässen wie
Wahlen etc. bezieht der Bund ein Zusammengehen der
„gelben“ Vereine. Damit zeigt sich der politische
Kerndes dieser gelben Vereine. Bei Reichs- und
Landtagswahlen sollen diese „Gelben“ nur hübsch brav
ihre Arbeitgeber oder den letzteren genehme Kan-
didaten wählen — das ist der Hauptzweck.
Diese gelben „Bündler“ tun auch so, als ob sie die
einzigen oder die allein richtigen nationalen Arbeiter-
vereine wären. Alle nationalen Arbeitervereine sollen
in den Bund aufgenommen werden können. Wie
gnädig! Die evangelischen Arbeitervereine, die nicht
erst seit 1907 in nationalem Sinne tätig sind, wer-
den sich hübsch bedanken, in diese „gelbe“ Gewerkschaft
aufgenommen zu werden. — Unsere Aufgabe ist
nach wie vor, alle Arbeitkollegen über diese „gelbe“
Gefahr aufzuklären.

Allgemein Gewerkschaftliches.

**Streiks und Aussperrungen in Deutschland
im Jahre 1908.** Soeben wird die amtliche
Statistik über die Streiks und Aussperrungen des
Jahres 1908 veröffentlicht. Die Ungunst der Wirt-
schaftsverhältnisse kommt sowohl in der Zahl der
Streiks als auch hinsichtlich der Erfolge derselben
zum Ausdruck. — Es wurden im Jahre 1908 1347
Streiks beendet gegen 2268 i. J. 1907, 3328 i. J.
1906, 2403 i. J. 1905, 1870 i. J. 1904, 1374 i. J.
1903, 1060 i. J. 1902, 1056 i. J. 1901, 1433 i. J.
1900 und 1288 i. J. 1899. Im Vergleich mit dem
Jahre 1907 haben 1908 919 Ausstände weniger
stattgefunden. Ueberblickt man die Streikstatistik für
die letzten 10 Jahre, so bleiben hinter dem Jahre
1908 nur die Jahre 1899, 1901 und 1902 zurück.
Innerhalb der 10-jährigen Periode schwankt die
Zahl der beendeten Ausstände zwischen 3328 i. J.
1906 und 1056 i. J. 1901. Die 1347 beendeten
Streiks verteilten sich auf 4774 Betriebe mit 199371
Beschäftigten. Von den 4774 Betrieben wurden
1214 = 25,4%, durch den Ausstand zum völligen
Stillstand gebracht. Von der Gesamtzahl der Be-
schäftigten jenseits 68392 Personen = 34,3%, (1907:
192450 = 43,2%, 1906: 272218 = 39,7%, 1905:
408145 = 52,5%, 1904: 113413 = 41,5%). Von der
Gesamtzahl der Ausständigen waren 10674 =
15,8%, unter 21 Jahren, 47798 = 69,9%, der
Streikenden waren zur sofortigen Niederlegung der
Arbeit berechtigt, 20594 = 30,1%, wurden kontrakt-
mäßig. Von der Zahl der Kontraktmäßigigen waren
4694 = 22,3%, unter 21 Jahren. Gezwungen muß-
ten 7405 = 3,7% aller Beschäftigten die Arbeit
niederlegen.

Die Bedeutung der Ausstände läßt sich messen
an der Beteiligungsziffer und an der Zahl der Be-
triebe, die in Mitleidenschaft gezogen wurden. So
gab es im Jahre 1908

1. 104 Streiks = 7,7%, an denen sich 2 - 5 Arb. beteiligten,	181 = 15,4%, „ „ „ 6 - 10 „
206 = 22,7%, „ „ „ 11 - 20 „	178 = 13,2%, „ „ „ 21 - 30 „
287 = 17,6%, „ „ „ 31 - 50 „	194 = 14,4%, „ „ „ 51 - 100 „
101 = 7,5%, „ „ „ 101 - 200 „	38 = 2,7%, „ „ „ 201 - 500 „
10 = 0,8%, „ „ „ 501 u. mehr	
2. 1018 Streiks = 75,4%, die	189 = 14,0%, „ 2 - 5 Betriebe erfassen,
78 = 5,6%, „ „ 6 - 10 „	26 = 2,7%, „ „ 11 - 20 „
12 = 1,0%, „ „ 21 - 30 „	1 = 0,1%, „ „ 31 - 40 „
5 = 0,4%, „ „ 41 - 50 „	11 = 0,8%, „ „ 51 u. mehr

Gegen das Jahr 1907 ist die Zahl der Aus-
stände, an denen sich mehr als 100 Arbeiter beteiligten,
im Jahre 1908 um 6% zurückgegangen, und
die Zahl der Streiks, die mehr als 50 Betriebe er-
faßten, sank gegen 1907 um 1%.

Was die Forderungen der Ausständigen betrifft,
so handelt es sich in 990 Streikfällen mit 51562
Streikenden um Lohn, in 235 Streikfällen mit
12219 Streikenden um Arbeitszeit und in 590
Streikfällen mit 32112 Streikenden um andere
Forderungen. Unter den Lohnforderungen stehen
diejenigen, die auf Erhöhung der bestehenden Zeit-
oder Arbeitslohn, Festsetzung von Mindestlöhnen
gerichtete waren, an erster Stelle, nämlich 745 Streik-
fälle mit 35816 Streikenden; es folgen dann die
Forderungen bezuglich höherer Bezahlung der
Überstunden, Nachtarbeit, Arbeit an Sonn-
und Feiertagen in 89 Streikfällen mit 5016 Streikenden
und „besondere Bezahlung der Nebenarbeiten,
Angehörigkeit, der Fahrt zur Arbeitsstelle, Post-
geld“ bei 44 Streiks mit 1924 Streikenden. Unter
den Forderungen bezüglich der Arbeitszeit ist die-
jenige, die auf Verkürzung der wöchentlichen Arbeits-
zeit abzielt, am häufigsten gestellt worden.

Von den 1347 beendeten Ausständen hatten 206
= 15,3% vollen Erfolg, bei 437 = 32,4%
wurden die Forderungen der Streikenden teil-
weise erfüllt und 704 Streiks = 52,3% blieben
ohne Erfolg. Am vollen Erfolg nahmen von den
68392 Streikenden 7265 = 10,6%, an dem un-
begünstigten Ende der Forderungen erzielten Er-
folge 28420 = 41,6%, teil; keinen Erfolg hatten
32707 Arbeiter = 47,8%.

Von den Aussperrungen wurden im Jahre 1908
177 beendet, die sich über 1758 Betriebe verbreiteten
und 43718 Arbeiter betrafen. Gegenüber dem Vor-
jahre mit seinen 246 beendeten Aussperrungen ist
im Berichtsjahr eine Verringerung der Zahl der
Aussperrungen zu beobachten. Es wurden gezählt:

beendete Aussperrung. Betriebe	Beschäftigte	Aussperrte
1899 . . . 28	427	5298
1900 . . . 38	607	9095
1901 . . . 51	238	5414
1902 . . . 39	948	18705
1903 . . . 70	1714	52541
1904 . . . 120	1116	36312
1905 . . . 254	3269	188586
1906 . . . 298	2780	152449
1907 . . . 246	5287	129563
1908 . . . 177	1758	81286

Von den 177 Aussperrungen des Berichtsjahres
entfielen 91 auf Preußen, 86 auf die übrigen Einzel-
staaten. Von den preussischen Provinzen waren es
die Rheinprovinz (28) die Provinzen Hannover (13),
Westfalen (13) und Hessen-Nassau (12), auf die mehr
als 10 Aussperrungen entfielen. Bei den außer-
preussischen Staaten trifft dies für Bayern (24),
Sachsen (15) und Baden (12) zu.

Allgemeine Rundschau.

Allgemeines.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenzählung.
Barum jetzt davon reden, wird mancher denken,
jetzt im Sommer, wo doch diese Frage „nicht aktuell“
ist, wo im allgemeinen von Arbeitslosigkeit keine
Rede sein kann. Und doch sollte man gerade
jetzt davon reden und namentlich in den Gemeinde-
verwaltungen und -vertretungen darüber beraten,
welche Maßnahmen gegenüber der mit ziemlicher
Regelmäßigkeit in härterer oder geringerer Grade
immer wiederkehrenden Arbeitslosennot zu ergreifen
sind. Endlich sollte einmal mit dem noch in vielen
Städten herrschenden Sclandrian aufgeräumt
werden, der sich erst im letzten Augenblick, wenn die
Not an die Türen der Rathhäuser pocht, zu einem
— dann meist unzulänglichen — Eingreifen ent-
schließt. An die soziale Pflicht, die den Gemeinde-
verwaltungen auf diesem Gebiet obliegt, erinnert
darum u. E. nicht zur unrichtigen Zeit eine Uebersicht
über die Arbeitslosenzählungen in deutschen
Gemeinden im Winter 1908/09, welche soeben das
„Reichsarbeitsblatt“ (Nr. 6) veröffentlicht. Die Fest-
stellung des ungefähren Umfangs der Arbeitslosigkeit
ist ja die erste Aufgabe der Gemeinde, weil dadurch
die sichere Grundlage für weitere Entscheidungen
gewonnen wird.

Trotz dieser Bedeutung der Arbeitslosenzählung
haben bisher verhältnismäßig wenige Kommunal-
verwaltungen solche Zählungen veranstaltet; sogar
im jüngstverlorenen Winter mit seiner außerordent-
lich großen Arbeitslosigkeit waren es nach dem dem
Kaiserl. Statistischen Amt zugegangenen Material
nur 27 Zählungen, die von Gemeinden allein oder
in Verbindung mit Gewerkschaften vorgenommen
wurden. Einige dieser Zählungen umfaßten mehrere
Gemeinden, andererseits fanden in sechs Städten
mehrere Zählungen statt. Wenn auch anzunehmen
ist, daß nicht über sämtliche Zählungen, die 1908/09
überhaupt stattgefunden haben, dem Kaiserlichen
Statistischen Amt Berichte zugegangen sind, so dürften
es doch nicht viele sein, die in der Uebersicht fehlen.
Die Ergebnisse der Zählungen, die übrigens aus
mehreren Gründen — u. a. Verschiedenheit des
Zeitpunktes und der Zählmethoden — nicht ver-
gleichbar sind, interessieren hier weniger als die
Zählmethoden, die sich in zwei Hauptgruppen zu-
sammenfassen lassen, nämlich:

1. freiwillige Zählung der Arbeitslosen a) durch Ausfüllung von Fragebögen und Abfertigung derselben an Rathstellen oder Einwohner in Wohnorten, b) durch persönliches Erheben an Rathstellen, wo die Karten durch besondere Zähler ausgefüllt werden;
2. Zählungen von Haus zu Haus a) gelegent-
lich bei der Steuererhebung oder anderen Personenzählun-
gen, b) durch Sonderzählungen zum alleinigen
Zweck der Feststellung der Arbeitslosen.

Diese verschiedenen Methoden sind keineswegs
gleichwertig. Das erste Verfahren (1a) leidet daran,
daß die Zählung ganz dem freien Willen des Arbeits-
losen überlassen ist, ohne daß eine Möglichkeit be-
steht, ihn hinsichtlich seiner Beteiligung und der
Richtigkeit der gemachten Angaben zu kontrollieren.
Bekanntlich wird zwar bei dem zweiten Ver-
fahren verhindert, weil hier die Ausfüllung der
Fragebögen durch geübte Zähler auf Veranlassung der
sich meldenden Arbeitslosen erfolgt; aber es bleibt
der Mangel, daß eine Kontrolle bezüglich der Voll-
ständigkeit der so ermittelten Arbeitslosenzahl nicht
vorhanden ist. Mit dem dritten Verfahren (2a) ist
zwar, wenn auf sorgfältige Beantwortung der Frage
nach dem Arbeitgeber geachtet wird und besondere
Vorkehrungen erfolgen, eine hinreichende Genauigkeit
der Feststellung zu erzielen; jedoch erfolgt die Auf-
nahme zu einem ungenügenden Zeitpunkt, nämlich im
Oktober, wo die Beschäftigung in vielen Gewerben
auf ihrem Höhepunkt steht, der Umfang der Arbeits-
losigkeit also im Verhältnis am geringsten ist. Die
vollständigste — jedoch liefert die vierte Methode;
hierüber sagt das „Reichsarbeitsblatt“:

Bei dem Verfahren 2b steht die Wahl des Zeitpunktes
frei. Da mit ihm mindestens dreifache Genauigkeit erzielt
werden kann wie mit der ungenaueren Methode 2a, so
sind die Angaben der sich als arbeitslos bezeichnenden
an Ort und Stelle nachgehenden Wähler, ist dies
Verfahren der Hauszählungen zum alleinigen Zweck der
Feststellung der Arbeitslosigkeit dasjenige, welchem theo-
retisch die wenigsten Bedenken entgegenstehen. Allerdings
wird dieser überaus sorgfältige Weg nur bei dem einen
in der Praxis zur Geltung kommen, wenn das Zähl-
personal den notwendigen Anforderungen an Gewand-
heit, Eifer und vor allem Objektivität entspricht.

Das Verfahren der Hauszählung haben — unter
Wittrückung von Gewerkschaften — zehn Gemeinden
angewandt (u. a. Köln mit Rathenau und Falk,
Regensburg, Rastatt, Nürnberg, Offenbach). Die
Aufnahme der Arbeitslosen erfolgte hier meistens in
der Weise, daß die Gewerkschaften oder sonstige
Vereine von Arbeitern und Angestellten alle oder
einen Teil der Häuser besuchten. In einigen anderen
Städten überließ man die Beantwortung der Zählung
den Gewerkschaften allein. Die übergroße Mehrzahl
der Gemeinden ist als an diese Aufgabe noch gar
nicht herangereitet. Beinahe alle größeren Städte
können es aber doch als ihre Pflicht betrachten,
rechtzeitig eine Zählung nach dem am meisten
bewährten Verfahren ins Auge zu fassen und die
dazu erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Da-

mit soll man sich freilich nicht begnügen; auch die
sonstigen Maßnahmen: Verschlebung geeigneter
städtischer Arbeiten und Aufträge in den Winter
sowie die Organisation eigentlicher Notstandsarbeiten
müssen frühzeitig vorbereitet werden.
Nur dann kann die Gemeinde, sobald Arbeits-
losigkeit einsetzt, ihre soziale Pflicht ohne Zögern
und möglichst vollkommen erfüllen.

Ueber sittliche Pflichten der Arbeitgeber.
Eine interessante Entscheidung findet sich in den
Veröffentlichungen des R. Aufsichtsamts für Privat-
versicherung. Eine Berliner Großbank hatte der
Pensionskasse für ihre Angestellten und deren Witwen
und Waisen, die keine Rechtsfähigkeit besitzt, aus
dem Reingewinn des Geschäftsjahres 100000 Mark
zugewendet. Sie mußte auf Erfordern der Steuer-
behörde dafür eine Schenkungssteuer von 5000 Mk.
entrichten und verlangte im Klagewege Rückerstattung
dieses unter Vorbehalt gezahlten Betrages. In erster
Instanz abgewiesen, drang sie in der Berufungs-
instanz durch. In der Begründung führte das
preussische Kammergericht u. a. aus:

„Durch die Zuwendung, wenn sie eine Schenkung ist,
ist nur einer sittlichen Pflicht entsprochen.
Nun es ist eine sittliche Pflicht der Arbeitgeber, ins-
besondere einer Gesellschaft, die ein großes Personal hält,
und, wie die Klägerin, mit einem sehr großen Umlauf, einem
sehr großen Geschäftsumfang und einem sehr großen Ge-
winn arbeitet, ihre Angestellten, ohne welche sie nicht
bestehen könnte, und ohne welche die Inhaber, Kom-
manditisten und Aktionäre keinen Gewinn erzielen würden,
die Personen der Beamten und ihre Frauen und Kinder
in ausreichender Weise pekuniär auch für die Zukunft
sicher zu stellen. Die Arbeitskraft, die der Beamte
zum Vortheil der Gesellschaft aufwendet und
verbraucht, erhält ein ausreichendes Entgelt
nicht schon durch die zeitige Gehaltsleistung,
sondern außerdem erst durch die Gewährung
von Pension für den Fall, daß der Angestellte
seine Arbeitskraft im Dienste der Gesellschaft
verbraucht hat und durch die Fürsorge für
seine Witwe und Waisen. Wenn deshalb der Ar-
beitgeber dem Angestellten, der sich wegen des die Nach-
frage überwiegenden Angebots von Arbeitskräften den
die Pension und die Fürsorge für die Hinterbliebenen
nicht enthaltenden Anstellungsbedingungen unterwerfen
muß, für die die Zeit des Arbeitsvertrags zu Leistungen
rechtlich nicht verpflichtet ist, so bleibt es, wenn er dazu
ohne eigene Vereinbarung ausreicht imstande ist, seine
sittliche Pflicht, das dem Angestellten gebührende
vollständige Entgelt auch soweit zu gewähren, als
für ihn eine rechtliche Verpflichtung dazu nicht besteht.
In dieser Lage befand sich die Klägerin.“

Da eine Schenkung, der eine sittliche Pflicht zu-
grunde liegt, steuerfrei ist, wurde dem Einspruch der
Berliner Bank Folge gegeben. Wichtiger als das
Einzelmoment ist aber die allgemeine Bedeutung
dieser Kammergerichtsentscheidung. Es hat ziemlich
lange gedauert, ehe unseren Gerichten der Sinn für
den sozialen Gedanken aufging. Jetzt ist er aber
erfreulicherweise da und wird hoffentlich auch auf
unser gesamte soziale Verhältnisse zurückwirken.
Daß das höchste preussische Gericht als ausreichende
Entscheidung des Angestellten nicht den Lohn allein,
sondern nur den Lohn in Verbindung mit Inva-
liditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung er-
kennt, ist ein so wichtiger Grundfakt, daß er gewisser-
maßen einen Markstein in der Geschichte der
Sozialpolitik bedeutet. Gebildet hat sich die Anschauung
schon lange, daß alle die Entwürfe des Reichs zur
Privatbeamtenversicherung entspringen aus ihr, aber
ex cathedra war sie bisher von keiner Behörde so
klipp und klar ausgesprochen worden.

Briefkasten.

Kollege D. Markt-Medwig: Wir werden dei-
nem Bunsche nachkommen und in nächster Zeit einige
Artikel über das fragliche Thema bringen. Hoffent-
lich werden sie nicht bloß von dir gelesen. — Im
übrigen Dank für das Interesse, das du durch deine
Anregung für unsere Zeitung zeigst. Gruß.

Einige Kollegen in der Pfalz: Geviß haben
wir den Artikel im „Deutschen“ gelesen. Wir haben
ja bereits einige Wochen früher den Fall so dar-
gestellt, wie er sich wirklich verhält. Wenn du
meinst, daß das „freie“ Blatt doch lägen in die
Welt sende, so müssen wir dir sagen: daß ist schon
öfters passiert. Wir sollten darauf antworten? Ach
nein; wenn die Frau die Krüge hat, wendet man
sich mit Absicht von ihr. Gruß.

Mehrere Zuschriften mußten für die nächste
Nummer liegen bleiben.

Veranstaltungskalender.

- München. 9. August, 8 1/2 Uhr, bei Blum, Franzstr. 41/43
Arbeitervereine-Versammlung.
- Bismarckstr. 8. August, 2 Uhr, bei Ed. Schneider,
Ludwigstr.
- Braunschweig. 8. August, 11 1/2 Uhr, im Lokale „Vor dem
Berg“.
- Burgweibach. 8. August, 6 Uhr, bei Stammes, öffent-
liche Volksversammlung.
- Cottbus. 14. August, 8 1/2 Uhr, im evangel. Vereinshaus,
Sternstr. 12.
- Dresd. 8. August, 5 Uhr, bei D. Schulte, öffentliche Ver-
sammlung.
- Hergenschloß. 8. August, 6 1/2 Uhr, bei W. Krennau.
- Merzen. 8. August, 11 1/2 Uhr, bei Jos. Kott.
- Wahlheim a. Rhein. 14. August, 8 Uhr, bei Böder,
Wahlstr. 8.
- Wetz. 8. August, 11 Uhr, bei J. Krampe.
- Sommersfeld. 8. August, 8 Uhr, bei Erbel, Wilhelmstr.
Stadtheim. 14. August, 9 Uhr, im Schloss Mainz.
- Illersdorf i. Schl. 15. August, 1/2 Uhr, im Schloss
zum Tietel, Königl. Besch. 1/2 Ausflug nach Ebers-
dorf.
- Wiesbaden. 8. August, 11 Uhr, bei W. Brünnecke,
Vater der Bibliothek mitwirkend.
- Wetzlar (Hess.). 6. August, 1/2 Uhr, „Vor Arme“, am
Markt.

III. Verbandsbezirk (Nachen).

Die diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz fin-
det Sonntag, den 5. September in Nachen, im
Lokale des Herrn Jos. Franzen, Steinmarschier-
straße 19, statt. Anfang punkt 10 1/2 Uhr vor-
mittags.
Die Tagesordnung wird den Ortsgruppen durch
Schreiben bekanntgegeben.
Die Zahl der Delegierten zur Konferenz erfolgt
gemäß § 40 und 43 unseres Verbandsstatuts.
J. A. F. Schmidt, Bezirksvorsitzender.

VI. Verbandsbezirk (Münster).

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonn-
tag, den 29. August in Osnabrück im Gewerkschafts-
Lokal Stäker, Johannisstr. 86, statt. Beginn punkt
1 Uhr nachmittags.
Tages-Ordnung:
1) Geschäftsbericht;
2) Vortrag und Erläuterung über das neue Unter-
stützungswesen;
3) Vortrag über den Wert statistischen Materials;
4) Vortrag über Agitation.
J. A. F. Camps, Bezirksvorsitzender.

VII. Verbandsbezirk (Bayern).

Die Bezirkskonferenz findet statt: Sonntag, den
29. August im katholischen Vereinshaus (Parkhotel)
in Rempten im Allgäu. Beginn vormittags 10 Uhr
Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht des Bezirksvor-
sitzenden, 2) Erläuterung über die Handhabung der
Formulare für die Unterstützungsleistungen unseres
Verbandes, 3) Vortrag über Agitation, Referent:
Arbeitssekretär Kollege Bengl-Rempten, 4) Ver-
schiedenenes.
J. A. F. Peter Geier, Bezirksvorsitzender.

IX. Agitationsbezirk (Baden).

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonn-
tag, den 22. August in Freiburg i. B. statt. Tages-
ordnung wird später bekannt gegeben.
J. A. F. Hermann, Bezirksvorsitzender.

**XIII. Bezirk: Thüringen-Sachsen-
Brandenburg.**

Bezirkskonferenzen finden statt:
Gau Vogtland: Am 5. September, in Greiz.
Gau Oberlausitz: Am 12. September, in Zittau.
Gau Niederlausitz: Am 3. Oktober in Cottbus.
Anfang jeweils 10 Uhr vormittags. Lokale wer-
den noch bekanntgegeben.
Tages-Ordnung:
1) Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden und Ver-
richterleitung der Delegierten;
2) Unterstützungsweisen und Statistik;
3) Wie gestalten wir unsere Versammlungen zweck-
mäßig und anziehend?
4) Verschiedenes, Wünsche und Anträge.
Die Ortsgruppen wollen in ihren nächsten Ver-
sammlungen Delegierte wählen (§§ 40 und 43 des
Statuts).
Ernst Kümmele, Bezirksleiter.

Literarisches.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter.
Arbeiter-Bibliothek, 7. Heft. (16.—20. Tafeln).
56 Seiten 8°. Preis 20 Pfg. Verlag der Welt-
deutschen Arbeiter-Zeitung G. m. b. H. M. Glad-
bach 1908.

Wer überzeugt ist von der Bedeutung, die in
der heutigen Sozialreform der Selbsthilfe neben der
Staatshilfe zukommt, dem ist auch sofort die aus-
schlaggebende Rolle klar, die das Koalitionsrecht als
Basis des wirtschaftlichen Zusammenstehens der
einzelnen gewerblichen Berufsstände spielt. Ganz
besonders gilt das für den Arbeiterstand. Für ihn
ist die Selbsthilfe in Form der gewerkschaftlichen
Koalition der Haupthebel zur Verbesserung seiner
wirtschaftlichen Lage und ein volles, freies Koalitions-
recht deshalb die elementarste Vorbereitung seines
wirtschaftlichen Emanzipationskampfes und Aufstiegs.
Ohne ein freies Koalitionsrecht ist überhaupt der
ganze freie Arbeitsvertrag, obgleich gesetzlich statuiert
(§ 105 RGO.) Schall und Rauch. Mit Recht drängt
deshalb der durch die heute noch herrschenden
reaktionären Beschrankungen des Koalitionsrechts in
seinem Rechts- und Persönlichkeitsempfinden tief
verletzte Lohnarbeiterstand mit allem Nachdruck auf
die Sicherstellung und den energischen weiteren Aus-
bau des Koalitionsrechts. Immer enger rückt die
Frage der Erweiterung des Arbeiterrechts, speziell
des Koalitionsrechts, an die Seite der bisher in der
sozialen Arbeitergesetzgebung vorherrschenden Frage
des Arbeiterrechtes.

In den interessierten Kreisen wird es deshalb
mit Freuden begrüßt werden, daß das schon in den
früheren Auflagen sehr gut aufgenommene 7. Heft
der „Arbeiter-Bibliothek“: Das Koalitionsrecht der
deutschen Arbeiter, soeben in neuer, um etwa 15
Seiten erweiterter und auf den neuesten Stand ge-
brachter Auflage erschienen ist. In fünf klar geglie-
derten und sehr selbstverständlich geschriebenen
Kapiteln wird behandelt: Die Geschichte des Ko-
alitionsrechts, Die wirtschaftlichen Grundlagen der
Koalitionsfreiheit, Das Koalitionsrecht auf Grund
des § 152 der Gewerbeordnung, Der „Schutz der
Arbeitswilligen“, Die Reformbedürftigkeit des Ko-
alitionsrechts. Zum Schluß wird auf 2 1/2 Seiten
die wichtigste einschlägige wissenschaftliche und prak-
tische Literatur nebst kurzen kritischen Hinweisen
aufgeführt.

Inhaltsverzeichnis.

Christliche Textarbeiter, auf die Schanzen! — Ar-
tikel: Gegen die Arbeiterinteressen — für das Unter-
nehmertum! — Ueber das Verhältnis der christlichen
Arbeiterabgeordneten im Reichstag zu unserer Gewer-
kschaftsbewegung. — Aufruf! — Aus dem Verbands-
gebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitags-
leiten: Hannover-Linden. — Berichte aus den
Ortsgruppen: Kachen — Apenbach — Bamberg. —
Greiz. — Sumpfmühle. — Rengersdorf i. Schl. —
St. Ems. — Illersdorf i. Schl. — Aus unserer Ju-
gendkreise: Unternehmerrömer in Belgien. — Gewer-
kschaftliches: Aus unseren Verbänden: Der „Vor-
wärts“ über die christlichen Gewerkschaften. — Katholische
Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften. — Ein
gewerkschaftlicher Organisationsplan: Zusammenschluß
der „Gelben“ in Sachsen. — Allgemein Gewerkschaft-
liches: Streiks und Aussperrungen in Deutsch-
land im Jahre 1908. — Allgemeine Rundschau:
Allgemeines: Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenzählung.
— Ueber sittliche Pflichten der Arbeitgeber. —
Briefkasten. — Veranstaltungskalender. — Nachen. —